



Regierungsratsbeschluss vom 02. Juli 2024

Eidgenössisches Departement des Innern EDI, Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente; Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) und des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen (ELG); Vernehmlassung

P240737

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Sozialversicherungen.

Begründung

Der Bundesrat hat seine Vorlage zur Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente in die Vernehmlassung gegeben. Der Regierungsrat stimmt den vorgeschlagenen Änderungen des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) und des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen (ELG) zu, da damit die Initiative sachgerecht umgesetzt wird. Bei den vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten für die Finanzierung plädiert der Regierungsrat für eine möglichst breite Lastenverteilung und bevorzugt deshalb die Variante mit einer Kombination aus einer Erhöhung der AHV-Beitragssätze und der Mehrwertsteuer.

